



Essay

## Sternstunde der Demokratie

Das deutsche Bundesverfassungsgericht stellt fest, dass der Lissabon-Vertrag der EU schwere Mängel aufweist. Nationale Zuständigkeiten können nun nicht mehr ständig nach Brüssel verlagert werden.

Von Peter Gauweiler

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat den Lissabon-Vertrag gebilligt, aber Nachbesserungen im deutschen Zustimmungsgesetz gefordert. Vor allem die Beteiligungsrechte von Bundestag und Bundesrat müssen verstärkt werden. «Das Grundgesetz sagt Ja zum Lissabon-Vertrag, verlangt aber auf nationaler Ebene eine Stärkung der parlamentarischen Integrationsverantwortung», wie der Senatsvorsitzende Vosskuhle ausgeführt hat. Dieses Urteil hat in ganz Europa Beachtung gefunden.

Das Bundesverfassungsgericht stellt klar, dass das Grundgesetz eine Übertragung von Hoheitsrechten an die EU nur erlaubt, wenn sichergestellt ist, dass die Mitgliedsstaaten souveräne Staaten bleiben und die EU ein Staatenverbund ist und nicht zu einem Bundesstaat wird. Eine darüber hinausgehende «Integration», eine derartige «Verfassungsneuschöpfung», müsste nach Art. 146 GG «von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen» werden.

Es war ein schwerer Demokratiemangel des Lissabon-Vertrages und seiner Ausgestaltung durch die deutsche Begleitgesetzgebung, dass im «vereinfachten Vertragsänderungsverfahren» sowie bei Anwendung der «Passerelle-Klausel» («Brückenklauseln») eine Vielzahl von Bestimmungen der EU-Verträge ohne Befassung der nationalen Parlamente geändert werden können. Der Bundestag hatte sich für Entscheidungen von grosser Tragweite seiner ureigensten Kompetenzen begeben und sie der Regierung überlassen. Diese Selbstaufgabe des Parlaments wurde durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts rückgängig gemacht. Das – verfassungswidrige – Begleitgesetz muss wesentlich geändert und unter vielen Aspekten ergänzt werden, um den Vertrag von Lissabon «in verfassungsgemässer Weise» überhaupt anwenden zu können.

Die «Flexibilitätsklausel» des Art. 352 AEUV birgt die Gefahr in sich, dass die EU die Kompetenz für die Gesetzgebungszuständigkeit und damit letztlich die Souveränität an sich zieht. Das Bundesverfassungsgericht bestätigt ausdrücklich, dass diese Bedenken zu Recht bestehen. Es verlangt deshalb, dass die Inanspruchnahme dieser Klausel – sogar entgegen der Regelung des Vertrages, nach der die Zustimmung der nationalen Parlamente nicht

nötig ist – in Deutschland der Ratifikation durch Bundestag und Bundesrat bedarf. Das Parlament muss hier in derselben Weise mitwirken wie bei einer Vertragsänderung. Auf diese Weise wird die Souveränität Deutschlands in einem zentralen Punkt gesichert und zugleich das Parlament im Verhältnis zur Regierung wesentlich gestärkt.

Das Gericht hat an vielen Stellen einschränkende Interpretationen vorgenommen und Auslegungsmöglichkeiten ausgeschlossen, die der Wortlaut des Vertrages zulässt und die mit dem Grundgesetz unvereinbar wären. Nur die



Grosse Tragweite: Verfassungsrichter.

mit dem Grundgesetz vereinbare Auslegungsmöglichkeit ist nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts für Deutschland verbindlich. Auf diese Weise wurde den Rügen, die ich in meiner Verfassungsbeschwerde erhoben hatte, weitgehend Rechnung getragen.

Der ständigen Zuständigkeitsverlagerung nach Brüssel schiebt das Bundesverfassungsgericht einen Riegel vor. Es verteidigt seine Kompetenz, *ultra vires* gehenden (also die Grenzen der durch die Verträge erteilten Ermächtigung überschreitenden) EU-Rechtsakten in Deutschland die Gefolgschaft zu verweigern. Auf diese Weise rettet das Bundes-

verfassungsgericht nicht nur die souveräne Staatlichkeit Deutschlands gegenüber Kompetenzanmassungen durch die EU, sondern sichert auch seine eigene Kontrollzuständigkeit ab, die es sich nicht vom Europäischen Gerichtshof nehmen lassen will und die es im Vergleich zur bisherigen Rechtsprechung wesentlich stärkt.

Das Bundesverfassungsgericht stellt ausdrücklich fest, dass die demokratische Legitimation der EU-Organe unzulänglich ist und demokratischen Anforderungen nicht genügt. Nur durch zusätzliche Absicherungen in einem neuen Begleitgesetz kann somit der ansonsten demokratiewidrige Vertrag gerade noch verfassungsgemäss gemacht werden. Die notwendigen Regelungen, die der Bundestag im neuen Begleitgesetz treffen muss, dienen also nicht nur der Sicherung der Kompetenzen des Bundestages, sondern sind Voraussetzungen dafür, dass die EU «noch» den Anforderungen des Demokratieprinzips entspricht.

Das Urteil setzt klare Leitplanken für einen weiteren Weg der Integration. Es macht bedeutende Vorgaben für die verfassungsprozentualen Rechte der Bürger, denen das Gericht nun die Befugnis einräumt, der Überschreitung der durch das Grundgesetz gezogenen «Integrationsgrenze» durch EU-Organe mit einer Verfassungsbeschwerde in Karlsruhe zu begegnen. Das Gericht macht auch deutlich, dass die gleichheitswidrige Wahl zum «Europäischen Parlament» nicht mehr hingenommen werden könnte, wenn die EU-Kommission als europäische «Regierung» weitere Gestaltungsbefugnisse erhält.

Die deutliche Forderung von Karlsruhe nach mehr Demokratie, nach Stärkung der Rechte und der Mitwirkung von Bundestag und Bundesrat mag vielleicht die Arbeit in der EU ein wenig umständlicher machen. Aber sie macht sie auch demokratischer. Und das hat weitaus höheres Gewicht. Die letzte Europawahl hat Deutschland eine desaströse Teilnahme beschert – mehr als die Hälfte der Wähler blieb zu Hause. Ob und wie das «Haus Europa» weitergebaut werden soll, soll und will der Bauherr entscheiden – das Volk, die Bürgerinnen und Bürger.

Peter Gauweiler, geb. 1949, ist Bundestagsabgeordneter der CSU und Rechtsanwalt in einer Münchner Kanzlei.